

München, den 24.01.2016

Union Syndicale Fédérale des Services Publics Européens
Sylvie JACOBS, Présidente

Avenue des Gaulois 36
1040 Bruxelles
Belgique

Sehr geehrte Frau Jacobs

das Europäische Patentamt ist seit einigen Jahren der Schauplatz beträchtlicher sozialer Spannungen, die durch den Machtmissbrauch der aktuellen Amtsleitung im Schatten juristischer Immunität erzeugt werden: Unter der Präsidentschaft des Präsidenten Battistelli werden systematisch die Prinzipien der europäischen Menschenrechtskonvention mit Füßen getreten. Das Arbeitsrecht, so wie es der Internationale Arbeitsgerichtshof zu Grunde legt und wie es die europäischen Mitgliedsländer des Patentamts jedes für sich anerkennen, wird in dieser gemeinsamen europäischen Behörde schlichtweg ignoriert.

In dem beigefügten offenen Brief an den deutschen Justizminister werden einige dieser Probleme, die am 17. Januar 2016 in der fristlosen Entlassung zweier Personalvertreter gipfelten, angesprochen.

Das Personal des Europäischen Patentamts fordert die Wiederherstellung seiner Grundrechte sowie die Achtung allgemeiner ethischer Prinzipien an seinem Arbeitsplatz. Es kann nicht schweigen, wenn die Personalvertreter persönlich Opfer von willkürlichen Disziplinarmaßnahmen einer durch kein nationales Recht gebundenen Amtsleitung werden.

Wir bitten um Ihr Verständnis, dass wir unsere Namen nicht preisgeben, da wir ansonsten mit Repressalien unseres Arbeitgebers zu rechnen haben.

Mit freundlichen Grüßen,

Die erbitterten Patentprüfer des Europäischen Patentamts

München, den 24. Januar 2016

**An den
Bundesminister der Justiz
Herrn Heiko MAAS
Mohrenstraße 37
10117 BERLIN**

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Minister,

mit diesem offenen Brief möchten wir auf die beträchtlichen sozialen Spannungen innerhalb des Europäischen Patentamts aufmerksam machen, die in den letzten Jahren durch Missachtung der Menschenrechte und insbesondere durch systematische Unterdrückung gewerkschaftlicher Aktivitäten provoziert wurden. Die Presse hat darüber wiederholt berichtet, und Sie haben dazu bereits einige Briefe erhalten.

Die Übergriffe der Amtsleitung gipfelten am 17. Januar 2016 darin, dass zwei gewählte Personalvertreter, die außerdem Vorstandsmitglieder der Mehrheitsgewerkschaft IGEPa sind, fristlos entlassen wurden. Eines dieser Vorstandsmitglieder steht damit von einem Tag zum anderen ohne Bezüge (auch ohne Arbeitslosenversicherung) und ohne Krankenversicherung da. Dem anderen wurden außerdem drastische Pensionskürzungen auferlegt. Bereits im November 2015 wurde der gesamte Vorstand unserer Gewerkschaft IGEPa unter Angabe zweifelhafter Vorwände von der Arbeit suspendiert und erhielt Hausverbot. Als Teil der Kampagne mussten die Vorstandsmitglieder und andere Personalvertreter zunächst vor einer internen „Untersuchungsabteilung“ erscheinen, die in jüngster Zeit wiederholt Mitarbeiter des Patentamts

unter Anwendung psychologischer Druckmittel verhört.

All dies geschieht nur Monate nachdem der Verwaltungsrat den Präsidenten des Patentamts, Benoit Battistelli, angehalten hat, Verhandlungen mit den Gewerkschaften aufzunehmen, um den sozialen Frieden in dieser europäischen Institution wiederherzustellen und diese als Sozialpartner der Patentorganisation anzuerkennen.

Wir brauchen an dieser Stelle nicht zu betonen, dass in der Mehrzahl der europäischen Staaten Gewerkschaftsmitglieder oder Personalvertreter einen legalen Schutz vor Disziplinarmaßnahmen des Managements genießen, der die Voraussetzung dafür darstellt, dass sie ihre Funktion ausüben können. Die Mitarbeiter des Europäischen Patentamt sind jedoch weder durch nationales Arbeitsrecht gesichert, noch können sie den Rechtsweg zu nationalen Arbeitsgerichten, die in den europäischen Staaten jedem Angestellten in sozialen Streitfragen zur Verfügung stehen, einschlagen. Die Entscheidungen des internationalen Arbeitsgerichts in Genf hingegen sind aufgrund fehlender Exekutivwirkung nicht bindend und zudem einer Wartezeit von mehreren Jahren unterworfen.

Die oben erwähnte „Untersuchungsabteilung“ stellt eine interne Privatpolizei dar, die vor einigen Jahren von Präsident Battistelli installiert und seiner Leitung unterstellt wurde. Ihre Maßnahmen sind keinen oder bestenfalls intransparenten Regeln ohne ethische Grenzen unterworfen, was ihr quasi die Macht eines Inquisitionsgerichts gibt. Die Rechte der Personen, die diesen Untersuchungen ausgesetzt werden, sind nicht garantiert. Die in der Vergangenheit von der „Untersuchungsabteilung“ produzierten Indizien zur Stützung von Verdachtsmomenten waren oftmals von zweifelhafter Beweiskraft. Zur Ausweitung dieser geheimpolizeilichen Aktivitäten - mutmaßlich in den Bereich außerhalb des Amtes - hat das Europäische Patentamt darüber hinaus im vergangenen Jahr die externe Sicherheitsfirma „Control Risk“ unter Vertrag gestellt, die in Deutschland bereits Schlagzeilen mit der illegalen Ausspionierung von Journalisten und Mitarbeitern der „Deutschen Telekom“ gemacht hat. Die Neutralität oder Objektivität von Untersuchungen einer derartigen, privat engagierten Firma ist - angesichts des finanziellen Interesses, das sie an einem „Erfolg“ der Untersuchungen hat - ohne Zweifel höchst fraglich.

Zu alledem haben sich auf Betreiben des derzeitigen Präsidenten zahlreiche weitere Missstände entwickelt, die einer fairen Behandlung von Mitarbeitern des Patentamts in arbeitsrechtlichen Streitfragen zuwiderlaufen. Die Disziplinarkommissionen, die auf Basis der von der „Untersuchungsabteilung“ produzierten Indizien Vorschläge zum Verfahren gegen

angeschuldigte Mitarbeiter machen sollen, sind neuerdings nur mehr mit Hauptdirektoren besetzt. Sie sind der Amtsleitung hierarchisch untergeordnet und darauf angewiesen, dass ihre Stellung im Fünfjahresrhythmus vom Präsidenten verlängert wird. Eine dem disziplinarischen Ziel der Leitung zuwiderlaufende Meinungsäußerung birgt für jedes Mitglied einer Disziplinarkommission substantielle Risiken. Die Tatsache, dass das Personal seit jüngerer Zeit nicht mehr durch selbstbestimmte Vertreter in den Disziplinarkommissionen repräsentiert ist, stellt ein offensichtliches ethisches und juristisches Problem dar. Es steht daher außer Frage, dass diese Gremien auch nicht annähernd einen Ersatz für nationale Arbeitsgerichtshöfe bieten. Darüber hinaus können die Disziplinarkommissionen auch nur nicht-bindende Meinungen abgeben - das letzte Wort hat danach stets der allmächtige Präsident. Im aktuellen Falle hat er in allen drei Fällen die von den Disziplinarkommissionen vorgeschlagenen Maßnahmen sogar noch verschlimmert. Unter der Herrschaft des Benoît Battistelli führt ein System, das jahrzehntelang ohne größere Probleme funktionierte, zum Gesetz der Willkür!

Die Maßnahmen zur Einschüchterung der 7000 Mitarbeiter des Patentamts und ihrer Personalvertreter nahmen bereits im Jahre 2014 ihren Anfang, als es noch von der Personalvertretung frei bestimmte Mitglieder in den Disziplinarkommissionen gab. Damals hatte eine solche Kommission *einstimmig* eine Meinung abgegeben, die eine beschuldigte Personalvertreterin zu 100% entlastete, was den Präsidenten nicht davon abhielt, die Kollegin mit harten Sanktionen zu bestrafen.

In diesem Schreiben können wir nur auf einige der vielen gravierenden Übergriffe des autoritären Regimes des derzeitigen Präsidenten hinweisen, die angesichts der dramatischen Lage unserer Personalvertreter zur Zeit am dringlichsten erscheinen. Es sei jedoch angemerkt, dass es auch Hinweise auf Missstände in der Finanzverwaltung des Amtes gibt. Dass beträchtliche Barvermögen des Patentamts ist auf eine Vielzahl von Konten aufgeteilt, von denen einige wiederum nur dem Zugriff des Präsidenten selbst unterstellt sind. Es erscheint höchst fraglich, ob diese Konten einer unabhängigen Prüfung standhalten würden. Wir sehen uns in der Pflicht gegenüber der europäischen Öffentlichkeit, diese Frage auch an Sie zu stellen.

Das Europäische Patentamt besitzt ein Statut juristischer Immunität, das für seine Funktion als internationale Institution notwendig ist. Der aktuelle Präsident Benoît Battistelli missbraucht diese Situation jedoch auf skrupellose Weise, um Maßnahmen und Regeln durchzusetzen, die es sonst nur in Polizeistaaten gibt. In den letzten 100 Jahren hat Deutschland unter zwei entsetzlichen Diktaturen gelitten. Deshalb ist Ihre Nation, Herr Minister, zutiefst den

demokratischen Werten und Prinzipien verpflichtet, die letztlich auf den Europäischen Menschenrechten gründen. Wir können und wollen nicht glauben, dass Sie und die deutsche Regierung diese Missachtung demokratischer und sozialstaatlicher Prinzipien, um die in diesem Land und auf diesem Kontinent jahrzehntelang gerungen wurde, mit Passivität dulden wollen.

Wir appellieren daher an Sie, Herr Minister, als Dienstherr des deutschen Vertreters im Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation, das Ihre zu tun, um der fortwährenden Verletzung der Menschenrechte in dieser Europäischen Institution auf deutschem Boden Einhalt zu gebieten!

Das Personal des Europäischen Patentamts hat den legalen und moralischen Auftrag, die Rechte der europäischen Öffentlichkeit zu verteidigen. Daher ist es nur recht und billig, dass auch seine Rechte respektiert werden. Wir appellieren daher an alle Verantwortlichen der Europäischen Patentorganisation, dass den internen Verfolgungen und Verurteilungen der Mitarbeiter, insbesondere der Personalvertreter und Gewerkschaftler, sowie den autoritären Entgleisungen des Präsidenten Battistelli als Ganzes ein Ende gesetzt werde! Soziale Streitfragen sollen stattdessen von einer unabhängigen und neutralen Autorität, die die europäische Menschenrechtskonvention respektiert, ausgetragen werden.

Wir würden diesen Brief gerne persönlich unterzeichnen, doch damit würden wir uns einer beträchtlichen Gefahr aussetzen. Angesichts der geheimdienstlichen Aktivitäten der Firma „Control Risk“ würde auch ein vertraulicher Brief an Sie persönlich die Gefahr für die Unterzeichner bergen, identifiziert und den angesprochenen Repressalien und Strafmaßnahmen ausgesetzt zu werden. Wir wählen daher das Mittel eines offenen anonymen Briefes, für das wir um Ihr Verständnis bitten.

In der Hoffnung auf Ihre Unterstützung -

Die erbitterten Patentprüfer des Europäischen Patentamts

CC: Angela Merkel, Bundeskanzlerin
Sigmar Gabriel, Bundeswirtschaftsminister
Martin Schulz, Präsident des Europaparlaments
Pierre-Yves Le Borgn', Parlamentsabgeordneter für Franzosen im Ausland
Süddeutsche Zeitung
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Münchner Merkur
Der Spiegel
taz - tageszeitung
epi
Union Syndicale Fédérale des Services Publics Européens